

Zeitschrift: Regio Basiliensis : Basler Zeitschrift für Geographie
Herausgeber: Geographisch-Ethnologische Gesellschaft Basel ; Geographisches Institut der Universität Basel
Band: 9 (1968)
Heft: 2

Artikel: Baselland : einst und jetzt
Autor: Boerlin, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1089462>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Baselland - einst und jetzt

ERNST BOERLIN

Am 28. Mai 1968 hielt Herr Alt-Regierungsrat Dr. Ernst Boerlin-Hägler im Rahmen des Volkshochschulkurses «Unsere Nachbarn» in Basel einen Vortrag über «Baselland — einst und jetzt». Da es ja nicht allein Naturfaktoren sind, welche das Gesicht der Landschaft bestimmen, sondern da auch der Mensch mit seinem Denken und Handeln, mit seinem regional verschiedenen Wesen und Gemüt sie umformt, bringen wir eine leicht umgearbeitete Fassung des auch für den Geographen aufschlussreichen Referates in unserer Zeitschrift. Wir sind dem Verfasser für die Erlaubnis zum Abdruck dankbar. *G. Bienz*

Ich glaubte, dem Thema «Baselland - einst und jetzt» dann am ehesten gerecht zu werden, wenn es mir gelänge, die Leser im Blick auf Vergangenheit und Gegenwart unseres Kantons ein wenig hineinzuführen in die Wesensart und die Probleme unseres Volkes, das so oft als ein merkwürdiges Volk bezeichnet wurde. Sein bedächtiges, vorsichtiges «Mer wei luege», gepaart mit einem offenen Ohr und Herzen für neue Ideen, Rezepte und Parteien, ein eher argwöhnisches Verhältnis zu allen Obern, ein stark konservativer Zug, der aber plötzlich umschlagen konnte in rebellisches, ja revolutionäres Tun, sie waren von jeher Merkmale seiner Eigenart.

Mit erstaunlichem und zielbewusstem Unternehmungsgeist ging in den Dreissigerjahren des letzten Jahrhunderts der neue *Kanton* an die unerwartete Aufgabe, ein *eigenes und selbständiges Staatswesen* zu errichten. Die Baselbieter bauten es zweckmässig und so aus, dass verhältnismässig bald die leidenschaftlichen Gegensätze und Auseinandersetzungen der Gründungszeit verblassten. Doch wenige Jahrzehnte später, in der sogenannten Rollezeit der Sechzigerjahre, sah es aus, als ob das gleiche Volk plötzlich alles wieder in Frage stellen, ja regelrecht zerschlagen wolle, was es so mühsam aufgebaut hatte. Es war, als fände ein neuer Akt revolutionärer Erhebung statt. Demokratische Rechte wurden in demagogische Instrumente persönlicher Machtpolitik umgebogen. Volksführer gingen sich mit dem Messer zu Leib, Gerichtsurteile wurden nach dem politischen Wind gedreht oder hohnvoll ignoriert — alles im Namen von Volk und Freiheit.

Dieser Ausbruch fast elementarer Leidenschaft und unerbittlicher politischer Gegensätze lässt sich nur — dann aber sehr gut — verstehen als der verzögerte Abschluss der Strömungen und Ereignisse, die 1832 und 1833 zur Trennung beider Basel führten. Das Landvolk hatte damals, wie schon wiederholt zuvor, vor allem in den Bauernkriegen, administrativ weniger, grundsätzlich aber weit mehr gefordert als das Recht zur Selbstverwaltung. Ihm lagen die Losungen der Französischen Revolution: «Égalité, Liberté, Fraternité» und die Kampfansage an alle Vorrechte, Herren und Vögte im Blut. Darum hielt man es auch mit den Flüchtlingen und Rebellen in aller Welt und mit den Radikalen in der Schweiz. Die Trennung erfüllte zwar indirekt auch die ideologischen Forderungen; aber sie verschob die Erfüllung vom

Revolutionären, Emotionellen mehr auf das Gebiet der ordnenden und verwaltenden Aufgaben und Kräfte im neu geschaffenen Staat.

Diese Aufgaben nahmen zunächst alle Energien und vor allem auch die noch sehr wenigen geeigneten Persönlichkeiten des neuen Kantons voll in Anspruch. Dann aber brachen Mitte des 19. Jahrhunderts die aufgestauten und auch von der übrigen Schweiz und vom Ausland her immer neu belebten Gefühle des Argwohns und der Auflehnung gegen die Obern wieder durch, und zwangsläufig richteten sie sich nun anstelle Basels gegen die Regierenden im eigenen Kanton.

Der frühere Lehrer Christoph Rolle, der dieser Periode den Namen gab, war als ein gewandter und nimmermüder Bannerträger der massgebende Volkstribun, der von der Stauung rebellischer Gefühle profitierte. Er hatte sie jedoch nicht selbst erzeugt. Darum ging die auflupfische Grundhaltung des Landvolkes auch nicht mit seinem raschen Sturz verloren. Sie zeigte sich und hatte Früchte bis weit ins 20. Jahrhundert hinein, beispielsweise in der Leichtigkeit, mit der immer wieder — grossenteils durch Spaltung alter — neue Parteien und politische Gruppen gebildet wurden, oder auch am grossen Echo, das umwälzende Programme, wie dasjenige des Freigeldes und des Freilandes, und ihre Propheten fanden.

In den letzten Jahrzehnten sind solche Erscheinungen kantonal recht selten geworden. Das liegt ausser am Zeitablauf gewiss auch daran, dass die grosse Mehrheit des heutigen Baselbieter Volkes nicht mehr mit dem Landvolk und seinen Nachfahren identisch ist, das einst aus ideologischen Gründen zur Waffe griff und in dessen Herzensgrund immer etwas Rebellisches blieb.

Es ist ein neues Volk entstanden aus der Entwicklung einer neuen Zeit. Aus der vor allem bäuerlichen Bevölkerung der Dreissigerjahre des letzten Jahrhunderts ist eine Gemeinschaft geworden, in der immer stärker Industrie und Grossgewerbe die wichtigsten Akzente setzen. Die Zahl der bäuerlichen Betriebe sank von 5603 im Jahre 1905 auf 3514 im Jahre 1955 und 1965 gar auf 2354. Bei der Volkszählung von 1900 waren noch 24,8% in der Landwirtschaft tätig, 1960 nur noch 7,1%. In Industrie und Gewerbe arbeiteten 1900 15 762, 1960 aber 32 878 Personen.

Die grosse wirtschaftliche Entfaltung beider Basel in den letzten Jahrzehnten brachte zudem vor allem dem Kanton Baselland eine *Zunahme der Bevölkerung*, die weit über derjenigen aller andern Kantone steht: In den hundert Jahren von 1860 bis 1960 um 190%, von 1950 bis 1967 allein um 69,5% bei einem schweizerischen Mittel von 26,3% und einem Zuwachs in Basel-Stadt von 19,1%. Die Studie der «Regio Basiliensis» über die infrastrukturellen Bedürfnisse beider Basel rechnet für 1980, also schon in zwölf Jahren, mit 260 000 Einwohnern in Baselland, ungefähr gleich viel wie im selben Zeitpunkt in Basel-Stadt. Baselland hatte bei seiner ersten Volkszählung im September 1833 38 721, Basel-Stadt anno 1835 erst 23 254 Seelen, zog dann aber bald der Landschaft davon und wird erst jetzt wieder durch die

wirtschaftlichen und siedlungspolitischen Veränderungen eingeholt und wohl überholt werden.

Ende 1967 gehörten von den insgesamt rund 190 000 Einwohnern des Kantons Baselland 112 000, also weit mehr als die Hälfte, in den Bezirk Arlesheim, rund 40 000 in den Bezirk Liestal, rund 24 000 in den Bezirk Sissach und 12 200, nur 2400 mehr als vor 118 Jahren, in den Bezirk Waldenburg.

Es wurden und werden immer neu aus Dörfern Städte, und der Bezirk Arlesheim, der zu allen Zeiten im Kanton einen grossen Einfluss hatte, wurde nun schon bevölkerungsmässig zum Schwerpunkt Basellands. Noch im Jahre 1850 stellte er von den rund 47 900 Einwohnern des Gesamtkantons erst deren 12 000, einen Viertel, während damals im Bezirk Liestal 11 800, im Bezirk Sissach 14 000 und im Bezirk Waldenburg 9800 Menschen wohnten.

Die fünf grössten Gemeinden im Kanton waren 1835 Liestal mit 1917, Langenbruck mit 1388, Sissach mit 1257, MuttENZ, damals noch inklusive Birsfelden, mit 1235 und Bubendorf mit 1055 Seelen. 1900 dagegen war schon Binningen zu Liestal aufgerückt mit je über 5000 Einwohnern, dem das nun selbständige Birsfelden und Allschwil mit je über 3000 und Sissach mit 2800 Personen folgten. 1967 schliesslich sind Liestal und Sissach überhaupt aus dieser Reihe ausgeschieden und die fünf Spitzenreiter heissen nun Allschwil mit über 16 000, Binningen und MuttENZ mit je über 14 000, Birsfelden mit über 13 000 und erstmals Pratteln mit rund 12 500 Einwohnern.

Wenn ich von einem *neuen Volk* gesprochen habe, so aber auch aus einem andern Grund: Der seit Jahrzehnten starke Strom von Zuzüglern aus fast allen Gebieten der Schweiz, zum kleinern Teil auch aus dem Ausland, hat unserm Volk natürlicherweise ein neues Gesicht, zum Teil aber auch einen andern Geist gegeben, aus dem heraus es, der Zukunft zugewendet, sein Staatswesen modern und zweckmässig ausbauen und einrichten will.

Wenn 1833 noch fast alle gegen 39 000 Einwohner des Kantons auch seine Bürger waren und nur kleinste Minderheiten von andern Schweizern und Ausländern gezählt wurden, so waren 1900 von den damals über 68 000 Einwohnern nur noch 65,2 % Kantonsbürger, 23,9 % Schweizer anderer Kantone und 10,9 % Ausländer. 1950 waren die Kantonsbürger mit 45,6 % schon in der Minderheit, während die übrigen Miteidgenossen mit 48,2 % der insgesamt 107 500 Einwohner die relative Mehrheit stellten und der Anteil der Ausländer zahlenmässig und in Prozenten sank. 1967 schliesslich hatten sich die Verhältnisse ganz verschoben. Den 54,9 % andern Schweizern und 17,4 % Ausländern standen nur noch 27,7 % Kantonsbürger gegenüber. In 46 der 74 Gemeinden bildeten die Kantonsbürger noch die — zum Teil freilich schwache — Mehrheit, in nur einer — Schönenbuch — des Bezirkes Arlesheim, in acht des Bezirkes Liestal, 23 des Bezirkes Sissach und 14 des Bezirkes Waldenburg.

Die geschilderte Entwicklung hat neben dem vor allem wirtschaftlich bedingten Bevölkerungszuwachs von aussen her als zweite Ursache eine allzu restriktive Einbürgerungspolitik aller Gemeinden. Lange Zeit gab es Dörfer,

in denen neue Bürger überhaupt nicht aufgenommen wurden, andere taten es nur gegen ausserordentlich hohe Einkaufsgelder. Der Kanton hat in neuerer Zeit durch Zureden und durch ein neues Einbürgerungsgesetz diese Praxis zu lockern versucht, bis jetzt erst mit teilweisem Erfolg. Es wäre falsch, den Bürgergemeinden vorzuwerfen, sie seien bloss um ihres Bürgernutzens willen zurückhaltend. Sein Wert wird ohnehin immer geringer. Die Zurückhaltung entspringt eher einer gewissen Abneigung gegen Änderungen. Sie liegt zudem ebenso sehr auch bei den Einwohnern, die schon ein anderes Bürgerrecht haben und als Schweizer auch ohne Ortsbürgerrecht bei uns sich mit Recht als durchaus vollwertig und deshalb nicht gedrungen fühlen, zum angestammten Bürgerrecht hinzu dasjenige des Wohnsitzortes zu erwerben, das manchmal zusätzliche Armensteuerlasten bringt.

Das grössere Interesse an mehr Einbürgerungen liegt eindeutig bei den Gemeinden, die sich ihrerseits werbend an ihre Nichtbürger wenden und sie zum Erwerb des Bürgerrechts einladen sollten. Sie haben allen Grund, Einwohnern, die sich als solche bewährten, das Bürgerrecht anzubieten. Für die Gemeinden, die Gemeinschaft bleiben wollen, und hinter ihnen für den Kanton, kann es lebenswichtig sein, die Zuzüger von einst und jetzt möglichst enge bei sich aufzunehmen. Die meisten von ihnen bedeuteten zu allen Zeiten Gewinn, zumal da sie im aufblühenden Kanton nicht Arbeitsplätze und Verdienst wegnahmen, sondern wirtschaftliche und auch steuerliche Substanz mitbrachten und neu erzeugten. Ich schätze aber vor allem den geistigen Beitrag, den sie vielfach in unsern Dörfern leisten können, gerade auch darum, weil sie aus andern Gebieten und Verhältnissen kommen. Dieser Beitrag ginge verloren, wenn eine Gemeinde es nicht verstünde oder nicht verstehen wollte, ihre immer zahlreichere Einwohnerschaft, auch abgesehen von der Frage der Einbürgerung, für die Anliegen des Wohnsitzortes zu aktivieren.

Diese Aktivierung — im Sinn einer umfassenden Integration weit über den Schulbesuch und die Steuerpflicht hinaus — ist umso notwendiger, weil ja sehr oft Wohnort und Arbeitsort heute nicht mehr identisch sind und auch für die Freizeit die Grosstadt in manchem attraktiver ist. Ich halte diese *Integration der Zuzüger* für das heute wichtigste Problem der Gemeinden und des Kantons, ein Problem, das noch bedeutend gründlicher und umfassender behandelt werden muss. Die Schaffung kultureller Zentren, für die es Beispiele in der übrigen Schweiz und Anfänge auch schon in einzelnen Gemeinden gibt, ist, zu den vom Kanton seit langem geförderten sportlichen Anlagen hinzu, eine vordringliche Aufgabe. Nur so können die Gemeinden vermeiden, dass sie zwar ihr äusseres Bild verschönern, aber von einer wirklichen Gemeinde zur blossen Siedlung und Schlafstätte werden.

Das Birseck; links oben Reinach, unten Aesch, rechts oben der Bezirkshauptort Arlesheim, unten das solothurnische Dornach. 1968 sind die Grenzen der Gemeinden noch stärker verwischt. (Aufnahme der Eidg. Landestopographie, Wabern/Bern, vom 12. Juni 1964, übernommen aus «Basler Beiträgen zur Gg», H. 8.)



Die Pendelbewegung zwischen Wohn- und Arbeitsort ist eine fast gesamtschweizerische Erscheinung und in Baselland schon vor Jahrzehnten eingetreten, als z. B. in der Seidenbandindustrie Fabriken entstanden und das System der Heimarbeit abzulösen begannen. Die starke Industrialisierung Basels vor derjenigen Basellands und die Anziehung mancher städtischer Grossbetriebe liess rasch einen Strom von Pendlern baselwärts entstehen, dem sich namentlich viele neue Zuzüger anschlossen. Basel war im Grund ihr Ziel, Baselland aber als Wohnort bevorzugt, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Landschaft in der Regel dem bisherigen Wohnort eher entspricht. Die Verlegung städtischer Industrie aufs Land und die Schaffung neuer Industrien in Baselland selbst hat diesen Pendelstrom gebremst und sogar einen gewissen Fluss im umgekehrten Sinn von der Stadt her und aus der aargauischen und solothurnischen Nachbarschaft erzeugt. Pendlerbewegungen entstanden aber frühzeitig auch innerhalb unseres Kantons, wo sich in allen Bezirken industrielle Kerne bildeten. Schon bei der Volkszählung von 1930 arbeiteten nur noch 66,2 % der Berufstätigen Basellands an ihrem Wohnort; 1960 waren es noch 52,5 %. 1930 pendelten 14 890 Berufstätige aus dem Kanton weg, hauptsächlich nach Basel-Stadt, und 7596 von auswärts in unsern Kanton hinein. 1960 wurden 32 749 Wegpendler und 24 423 Zupendler gezählt, unter diesen 3265 Grenzgänger aus der badischen und elsässischen Nachbarschaft.

Das *Volksgefühl* Basellands wird aber nicht nur durch diese Pendelströme, sondern ebenso sehr oder noch mehr durch den hohen Grad der Bevölkerungsbewegung bei den Einwohnern des Kantons beeinflusst. Allein in der Gemeinde Reinach sind zum Beispiel vom 1. Januar 1957 bis zum 31. Dezember 1966, also in zehn Jahren, insgesamt 17 287 Personen zu- und 11 069 weggezogen, so dass der Gemeinde ein Aktivsaldo von 6218 verblieb. Geburten und Todesfälle sind in diesen Zahlen mitgerechnet, ändern aber das Bild nicht entscheidend. Die Sesshaftigkeit überdauert oft nicht einmal *ein* Jahr, so dass menschliche Kontakte, geschweige denn ein Gemeinschaftsbewusstsein, kaum entstehen können. Im ganzen Kanton sind von 1961 bis 1967 jährlich zwischen rund 28 300 und 31 600, insgesamt also in den sieben Jahren rund 200 000 Personen zugezogen und jährlich zwischen 24 700 und 28 000, im ganzen rund 183 000 weggereist.

Der Ausbau der in alter Zeit sehr ausgeprägten Dorfgemeinschaft ist aus diesem Grund das wichtigste, sie ist aber beileibe nicht das einzige grosse Problem unserer Gemeinden und des Kantons.

Am meisten drücken in den letzten Jahren *finanzielle Sorgen*. «Baselland jetzt» unterscheidet sich auch in dieser Hinsicht ganz wesentlich von «Baselland einst». Die Vermögensausscheidung bei der Trennung half dem Kanton. Das Hochwald-Loskaufgesetz brachte mit dem Wald Geld in die Gemeinden. Die Gesetzgebung jener ersten Jahrzehnte galt zudem weniger als heute kostspieligen Investitionen und Subventionen, sondern mehr ideologischen und staatspolitischen Neuerungen. Deshalb genügten auch in der

ersten Zeit anstelle des heutigen alarmgeschützten Kassenschanks zunächst eine Schweinsblase und dann eine alte Patronenkiste im Schlafzimmer des Staatskassiers für die Aufbewahrung der Barmittel des Staatshaushalts. Und das Baselpieter Volk brachte wahrhaftig das Kunststück fertig, bis 1892 ohne ein besonderes Staatssteuergesetz auszukommen. Der Glücksfall der Salzfundes der Schweizerhalle, schon zwei Jahre nach der Gründung des Kantons, daneben einzelne beschränkte Abgaben und Gebühren, so eine «Handels-, Gewerbe-, Kapitalisten- und Beamtenabgabe», eine Erbschaftssteuer, eine Handänderungssteuer, die Getränkeimportsteuer, der Militärpflichtersatz und Steuern für Haustiere brachten etwas Geld. Haupteinnahmen aber waren in der Zeit des vollen Föderalismus vor 1848 die Regalien, Weg- und Brückengelder, die Post und zunächst auch die Zölle am Hauenstein. 1840 trugen zum Beispiel die direkten Abgaben nur 2,3 %, die indirekten 18,2 %, die Regalien hingegen 56,2 % der Einnahmen ein. Das Postwesen warf 7951 Franken, Weg- und Brückengelder 28 367 Franken und der Zoll 68 414 Franken ab. Die staatlichen Gesamteinnahmen betrugen in runden Zahlen 1840: 412 000 Franken, 1860: 531 554 Franken und noch 1890 erst 670 000 Franken. Nach Einführung einer allgemeinen Staatssteuer durch die Verfassung von 1892 stiegen die Einnahmen sofort auf 1,28 Mio. Franken im Jahre 1900 und 5,28 Mio. Franken im Jahre 1920 an. Die Ausgaben passten sich, so gut es ging, den Einnahmen an und waren deshalb 1885 erst um 15 000 Franken höher als 1835. Die erste Staatsrechnung des Jahres 1833 schloss mit 212 436 Franken Einnahmen und 221 290 Franken Ausgaben und noch diejenige von 1890, also fast 60 Jahre später, erst mit rund 670 000 Franken Einnahmen und 725 000 Franken Ausgaben ab. Schuldenfreiheit galt noch in unserm Jahrhundert als hohes Ideal.

Der «*Tollegen' im Reinheft*» aber war, dass Vieles nicht frühzeitig genug getan wurde, was den Ausbau Basellands und der Gemeinden hätte fördern können. Man legte mehr Gewicht auf die Ausgestaltung und Benützung der Volksrechte, wie Initiative und Referendum, wo der neue Kanton z. T. schweizerische Pionierarbeit geleistet hat; und das Vetorecht des Volkes erwies sich eben doch gelegentlich als grosser Hemmschuh. Der Landrat hatte zwar die gesetzgebende Gewalt, doch konnten innert 14 Tagen zwei Drittel des souveränen Volkes mit begründeten Zuschriften an den Landrat dessen Werk zunichte machen. Diese Möglichkeit wurde zeitweise reichlich ausgenutzt, was der Initiative der Behörden naturgemäss nicht sehr förderlich war. In anderer, z. T. eingeschränkter, z. T. aber ausgeweiteter Form lebt das alte Veto im heutigen fakultativen Referendum gegen Ausgabenbeschlüsse und im obligatorischen Gesetzesreferendum der Kantonsverfassung weiter. Weil sich aber eben die Zeiten und mit ihnen das Volk und seine Mentalität änderten, benützten in den letzten Jahrzehnten die Stimmberechtigten diese Möglichkeiten, Vorlagen der Behörden abzulehnen, nur äusserst selten. Von den in meinen siebzehn Regierungsjahren, 1950—1967, dem Volk obligatorisch vorgelegten 107 Vorlagen wurden nur sieben verworfen, und vom fakultativen Referendum wurde sogar nur zweimal negativ Ge-

brauch gemacht, während z. B. — sit venia verbo — in Basel-Stadt die Bildung oppositioneller Gruppen zur Bekämpfung von Vorlagen des Grossen Rates beinahe Mode geworden ist.

In der Regel hing es im letzten Jahrhundert in Baselland von der Initiative einzelner Persönlichkeiten ab, ob und wo etwas unternommen wurde. So haben Schulinspektor Kettiger im Schulwesen und Ständerat Birmann im sozialen Ausbau zum Segen des Kantons und manchmal sogar schweizerisch vorbildlich gewirkt. Interessant ist, dass Baselland vor mehr als hundert Jahren als eine Art weisser Rabe für eine eidgenössische Schulordnung eintrat, ein Postulat, das den heutigen Bemühungen um Überwindung der unheilvollen Zerrissenheit im Schulwesen von 25 Kantonen gar nicht so ferne ist. Aufgeschlossen stand der Kanton allen Problemen des Verkehrs bis zur Rheinschiffahrt gegenüber, wozu ihm freilich seine geographische Lage und private Initiativen Anlass boten.

Der Zweite Weltkrieg bedeutete auch für Baselland die Schwelle in eine neue Zeit. Im Gegensatz zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg kannte man nach Kriegsende keine Wirtschaftskrise, sondern den wirtschaftlichen Aufstieg und die Wohlfahrt der Bevölkerung. Die andauernde *Hochkonjunktur* lieferte dem privaten und dem öffentlichen Haushalt Geld über alles Erwarten, so dass die Steuersätze vor allem des Staates bis vor wenigen Jahren zu den niedrigsten in der Schweiz gehörten und dennoch die Verwaltungsrechnung sechzehn Jahre lang mit Ertragsabschlüssen schloss und erst 1956 der Staat sich bleibend verschulden musste. Die ungedeckte Schuld betrug damals 69 Mio. Franken, 1967 hingegen 144,9 Mio. Franken.

Denn jetzt begannen beim Staat und bei den meisten Gemeinden rasch und deutlich die magern Jahre die vielen fetten abzulösen. Die zuvor im Glanz der reichlich fliessenden Einkünfte immer neu beschlossenen wohlthätigen Gesetze verlangten kumulativ Bezahlung; das Schul- und Spitalwesen, die sich früher stark auf die guten Institutionen von Basel-Stadt verlassen konnten, mussten in sehr weitem Umfang eigenständig ausgebaut werden. Die in der Schweiz unvergleichliche Bevölkerungszunahme erforderte infrastrukturelle Aufwendungen, namentlich auch der Gemeinden, weit über die zusätzlichen Steuereinnahmen hinaus. Der Staat, der für den Hauptstrassenbau, für die Reinhaltung der Gewässer, für Mittelschulen und Spitäler allein aufzukommen hatte, sah trotz immer weiter steigenden Einnahmen den Berg ungedeckter Ausgaben wachsen.

Das erste Defizit von 1964 betrug 1,25 Mio. Franken, das höchste im Jahre 1966 10,7 Mio. Franken und das letzte von 1967 7,4 Mio. Franken, immer nach namhaften, aber auch notwendigen Abschreibungen an die noch ungedeckte Bauschuld. So wurden 1966 24 Mio. Franken, 1967 31 Mio. Franken abgeschrieben. Der Ertrag der Staatsverwaltung stieg von 30 Mio. Franken im Jahre 1948 auf 209 Mio. Franken 1967, noch stärker aber gleichzeitig der Aufwand von 29,7 auf 216,7 Mio. Franken. Steuerliche Mehreinnahmen wurden 1966 zuerst vom Landrat, dann in Form einer Steuergesetzesrevision vom Volk verworfen. Ein neuer Anlauf soll 1968 unternommen

werden. Die im Vergleich mit andern Kantonen mässige Steuerbelastung lässt noch Raum für zusätzliche Leistungen des Bürgers, wenn sie unerlässlich sind und wenn der Staat seinerseits durch eine haushälterische und rationelle Verwendung öffentlicher Gelder die verlangten Mehrleistungen als gerechtfertigt erscheinen lässt. Gründe zur Panik gibt es trotz dieser roten Zahlen nicht.

Der Kanton und die Gemeinden hatten in den letzten Jahren im Aufwand zugleich nachzuholen und vorzuleisten. Nachzuholen für Zeiten, da man zu genügsam war, vielfach aber auch neue Bedürfnisse noch gar nicht hatte decken können, weil sie nicht bekannt und kaum so voraussehbar waren, wie sie sich nun präsentieren. Vorzuleisten an die Zehntausende neuer Einwohner, und mit ihnen an die alteingesessenen, die beide Ansprüche an die öffentliche Hand unvermeidlich stellen müssen. Sie werden sich für die empfangenen Leistungen als Steuerzahler, aber auch als Eltern brauchbarer Kinder und durch ihre Arbeitsleistung erkenntlich zeigen. Ihre Wechsel sind jedoch auf lange Fristen ausgestellt, so dass die Beziehungen zwischen Privaten einerseits, Staat und Gemeinden andererseits sich nie als ein Geschäft Zug um Zug abwickeln lassen. Die branchenmässig und regional breit aufgefächerte und darum ziemlich krisenfeste Wirtschaft unseres Kantons gibt aber dem notwendigen Kredit des Fiskus eine recht grosse Sicherheit. Vorausgesetzt, dass wir zu dieser Wirtschaft, die heute auf soliden Beinen steht, die gebührende Sorge tragen.

Nötig ist ferner, dass man in der *Region*, zu der die beiden Basel, aber auch die benachbarten Gebiete des Aargaus, Solothurns und Berns geographisch, verkehrsmässig und wirtschaftlich gehören, grundsätzlich regional denkt und dass man sich allorts der Notwendigkeit bewusst ist, *gemeinsame Probleme und Aufgaben gemeinschaftlich durchzudenken* und Leistungen aneinander aufzurechnen, ohne dass in jedem Einzelfall gerade Null von Null aufgehen muss.

Man hat auch in dieser Hinsicht viel gelernt. Beim Kraftwerk Augst hat beispielsweise Baselstadt eine Beteiligung Basellands noch kategorisch abgelehnt. Beim Kraftwerk Birsfelden war es einige Jahrzehnte später selbstverständlich, dass die beiden Kantone mit ihren Stromverteilungsgenossenschaften sich hälftig beteiligten. Dasselbe geschah beim grossen Wasserversorgungswerk in der Hard, und die Betriebspartnerschaft an den je zwei Rheinhäfen in Stadt und Land spielt ganz vorzüglich. Gewiss ist auch das freie Wohnsitzrecht des öffentlichen Personals ein Fortschritt in diesem Sinn. In regelmässigen Sitzungen der Regierungen beider Basel werden schon seit vielen Jahren gemeinsame Probleme, aber auch Begehren der Einen an die Andern, ja selbst wechselseitige Beschwerden, in aller guten Nachbarschaft offen besprochen und geklärt. Ohne Zusammenarbeit wie sie beispielsweise auch im Schul- und Spitalwesen, bei der Kehrrichtverwertung, bei der Abwasserreinigung, vor allem aber bei der Planung besteht und weiter vorgesehen ist, geht es in einem so nahe verbundenen und durch

menschliche, wirtschaftliche und kulturelle Querwege erschlossenen Siedlungsraum für alle beteiligten Partner nicht.

Selbst Baden-Württemberg wünscht in seinem «Gebietsentwicklungsplan für das südliche Oberrheingebiet» von 1966 Anlehnung «an die», wie es wörtlich heisst, «allgemeine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung» in der regionalen Nachbarschaft jenseits der Grenzen, zu der vor allem die beiden Basel gehören. Dabei legte dieser grosse und massgebende Landes- teil unserer nördlichen Nachbarrepublik auch von vornherein die Voraus- setzungen und Grenzen solcher Zusammenarbeit fest, dass nämlich — wie- derum wörtlich zitiert — «das südliche Oberrheingebiet seine geschichtlich gewordene geistige und kulturelle Prägung beibehalte und dass es die in der heimatlichen, dem Menschen gemässen Landschaft enthaltenen natürlichen und seelischen Werte bewahre».

Der Kanton Baselland hat in seinen nun 135 Jahren Höhen und Tiefen eines Staatswesens durchlebt. Das Erbe seines Kampfes für Freiheit, Gleich- berechtigung und Demokratie, für die sein Volk einst zu Felde zog, hat er immer hochgehalten, auch sein tiefes Mitgefühl für Notleidende und Ver- folgte. So blieb er sich selber treu, wenn auch das Gesicht der Landschaft und das vieler seiner Gemeinden sich sehr stark verändert hat und neue Men- schen neue Auffassungen mit in unser Ländchen brachten. Noch immer liegt das Schwergewicht des politischen Lebens in den Gemeinden. Sie sind auch heute noch des Kantons Fundament und Stolz; und wer ihn verstehen und vielleicht lieb gewinnen will, der muss auch die Gemeinden kennenlernen.

LE CANTON DE BALE-CAMPAGNE — HIER ET AUJOURD'HUI (*Résumé*)

L'auteur nous rappelle d'abord l'histoire mouvementée des premières dizaines d'années du nouveau canton, créé en 1832/33 par la séparation de la ville de Bâle. Les campagnards, à la fois révolutionnaires et réfléchis (dicton: «Nous allons voir!»), construisirent alors leur canton strictement démocratique dans lequel le peuple eut toujours la dernière décision. Alors, le tableau de l'économie et des finances est dressé. La croissance énorme de la popu- lation, spécialement de 1950 jusqu'à nos jours et surtout dans le district d'Arlesheim, voisin de Bâle, exige des dépenses élevées pour la perfection de l'infrastructure, négligée trop longtemps. D'autre part, les communes qui, quelques fois, ont doublé ou même triplé leur chiffre de population doivent incorporer les nouveaux-venus, les intéresser à la vie politi- que et culturelle de leur nouveau lieu d'habitation. Les fortes fluctuations de la popula- tion depuis la Deuxième Guerre empêchent cette incorporation, néanmoins très urgente et importante pour l'équilibre des communes et du canton. Finalement, l'auteur souligne l'importance absolue d'une collaboration étroite entre les cantons, même entre les trois pays, qui entourent le coude du Rhin.